

Derilches und Sächliches.

Miesla, den 2. Mai 1924.

—**Polizeibericht.** Nachdem bereits in der Zeit vom 7. zum 10. April vier Stachelbeerträucher und zwei Rosenstöcke aus einem Garten neben dem Verwaltungsgebäude des Eisenwerkes an der Rauchhammerstraße ausgegraben und gestohlen worden sind, sind in der Nacht zum 30. April wieder zwei frisch gepflanzte Rosenstöcke und ein Zwergbirnbäumchen aus einem Garten am Böweg in Gröba neben den Betriebswerkstätten des Elektrizitätsverbandes aus dem Erdboden gerissen und zerstört worden. Im ersteren Falle war eine Spur von einem Damenschuh der Größe 38 bis 37, im letzteren eine solche von einem Herrenschuh der Größe 48 bis 44 an den Tatorten sichtbar. Um Mittelung sachdienlicher Wahrnehmungen bittet der Kriminalpolizei.

—**Abfahrer mehr Vorläufer.** In der vergangenen Nacht ist im Stadtteil Gröba auf der Brückenstraße hinter der Wälschbrücke ein Gröbner Einwohner auf dem Wege nach Gröba von einem Abfahrer mit solcher Wucht angefahren worden, daß er bewußtlos vom Wege getragen werden mußte und das Bewußtsein bis heute morgen noch nicht wieder erlangt hatte. Der Vorfall hat sich so schnell ausgetragen, daß die vier Begleiter des Bewußtlosen zunächst gar nicht empfunden haben, daß die vor ihnen liegende Person einer von ihnen sei. Der Abfahrer ist ohne Verletzung geblieben. Wie Augenzeugen berichten, soll er ohne Klingelzeichen in rasender Fahrt angekommen sein.

—**In der Berufsschule** wurde heute Hr. Martha Berger als ständige Fachlehrerin eingewiesen.

—**Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei.** In der Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei sprach am Mittwochabend im „Wettiner Hof“ der Spitzenkandidat dieser Partei Herr Reichsjustizminister a. D. Dr. Heine. Er verbreitete sich im Eingange seines Vortrags über die Bedeutung der Wahlen. Die Zukunft Deutschlands hänge in der Tat von diesen Wahlen ab. Redner referierte sodann über die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei, die, als Rechtspartei gegen die Extreme der Demokratie gerichtet, diesen Charakter sich bewahrt habe. Sie habe nichts von ihren Grundrissen preisgegeben. Stark in der Opposition stehend, habe die Partei später an den Regierungsbildungen teilgenommen, wenn sie glaubte, die deutsche Politik in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Er wandte sich im weiteren gegen die Vorwürfe, die der Deutschen Volkspartei wegen ihres Verhaltens während der letzten Zeit gemacht worden sind, und legte dar, wäre die Partei in der Opposition geblieben, dann wäre die Politik der Nationalversammlung in den verschiedensten Richtungen weitergetrieben worden. Man habe sich zu positivem Eingreifen entschließen müssen, weil die unerträglichen Verhältnisse, die zu völligem Ruin drängten, zu schleunigem und festem Handeln zwangen. Es habe verlohnt werden müssen, zu helfen und vor allem eine stabile Währung zu schaffen und die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Der Staat habe sich wieder Geld schaffen müssen durch äußerster Sparsamkeit und durch Schaffung neuer Einnahmequellen. Es sei keine Zeit zu verlieren gewesen, man habe schnell zugreifen müssen. Redner erklärte, daß er sich vollständig bewußt sei, daß die getroffenen Verordnungen große Mängel enthalten. Sie seien aber nur Rotverordnungen und nach den verschiedensten Richtungen hin. Die Verordnungen haben, so führte er aus, eine Unübersichtlichkeit hervorgerufen, die für die Dauer unerträglich ist. Es müsse eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstags sein, das von Eraberger herrührende Steuersystem zu ordnen. Man müsse auf eine ganz andere Steuerpolitik zukommen; unser Steuerwesen müsse vollständig umgebaut werden. Die Rotverordnungen seien zweifellos zu weit gegangen. Redner verwies hierbei auf den schematischen Beamtenabbau und auf die Beamtenbesoldung, die auf das stärkste reduziert sei. Der Aufwertungsfrage sei zuwenden, betonte er, daß die Aufwertung bis zum Beginn der Inflation zurückgehen und auch an den Sparkassen, den Wandbrieven und Staatspapieren nicht vorübergehen könne. Dabei man gesagt, müsse man auch sagen. Auch auf bereits zurückgegebene Hypotheken müsse in der Aufwertungsfrage zurückgegriffen werden. Bedingung sei aber auch, zu einer anderen Wohnungspolitik zu kommen und die Zwangswirtschaft wesentlich abzubauen. Redner nannte es unbillig, der Deutschen Volkspartei die Därten zur Last zu legen, die jetzt Beamtentum und Steuerzahler drücken. Hätte sie sich abseits gehalten, wären die Verordnungen noch radikaler ausgefallen. Die Deutsche Volkspartei sei jederzeit eine Partei gewesen, die die nationale Frage im weitesten Sinne unterstützt habe. Die drei großen Fragen seien 1. die auswärtige Politik, 2. die Wirtschaftspolitik und 3. die Verfassungspolitik. Zur Frage der auswärtigen Politik übergehend, meinte Redner, daß das Sachverhältnis eindeutig zur Wahlparole zu machen versucht werde. Davor müsse er warnen. Eine Partei könne sich nicht auf eine einzelne Frage einstellen. Das Gutachten sei nur ein Schritt auf dem Lebenswege, den das deutsche Volk seit mehreren Jahren gegangen ist. Die Erfüllung des uns ausgenommenen Friedensvertrags von Versailles ist keine moralische Pflicht, sondern eine schwere Last, die das deutsche Volk trägt. Moralische Pflicht ist uns von den Feinden zu betreten. Der Redner schilderte die militärische und politische Kurbelung Deutschlands durch dieses Friedensbittat. Man habe das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen uns geltend gemacht, aber Deutschland habe man das Selbstbestimmungsrecht geraubt. Alle Deutschland umgebenden Länder, außer Holland und der Schweiz seien an dem Raubzug gegen Deutschland beteiligt. Es handle sich um die französische Hegemonie in Europa, vielleicht in der Welt. Es sei erwiesen, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt habe. Deutschland habe stets darnach gestrebt, den Frieden zu erhalten; es habe den Krieg in der ungünstigsten Lage annehmen müssen. Jeder, der die Injame Schulblüge unterlasse, begebe ein Verbrechen an seinem Vaterlande. Redner warnte aber auch gegen überhöhte Forderungen, die in der völkischen Bewegung zum Ausdruck kommen. Wir seien umgeben von Feinden; unsere Waffen habe man uns geraubt. In anbetrach der Machtverhältnisse (Frankreich ist mit den modernsten Waffensystemen ausgerüstet) bedeute ein überhöhtes Vorgehen den reinen Wahnsinn. Wir würden jetzt die Früchte verlieren, die uns später vielleicht nützen könnten. Der Vortragende erörterte eingehend die Frage der Kriegsschadigungen, die man in den Begriff der Reparationen verflochten habe. Das Reparationsproblem sei ein außerordentliches Mittel, die deutsche Wirtschaft niederzuhalten. Die Lösung der Reparationsfrage sei daher ebenfalls eine der wichtigsten Aufgaben des kommenden Reichstags. Man fordere Kriegsschadigungen von uns, wie sie nie von einem Volke verlangt worden sind. Wir wollen endlich wissen, wie hoch die Forderung ist und wie fordern, daß sie tragbar ist. Die Entente aber weicht ständig aus; sie will uns nicht zur Ruhe kommen lassen. Vor allem Frankreich wolle es nicht, da es nach Feststellung unserer Schulden auch die seinen zahlen müsse. Wir haben die ungeheure Entschädigung von 200 Milliarden Goldmark angeboten, wenn man uns das Saargebiet und Oberelbien beläßt, das ist das 25 fache der französischen Kriegsschadigung von 1870. Das Londoner Ultimatum fordert 132 Milliarden, fast das gesamte uns verbliebene Vermögen, das durch den Krieg und seine Folgen von 800 Milliarden auf etwa die Hälfte herabgesunken ist. Frankreich habe erklärt, jährlich 95 Millionen an Rente nicht zahlen zu können. England ist den Ver-

einigten Staaten gegenüber mit jährlich 632 Millionen Defizit, und dem ausgelagerten deutschen Volke müde man zu, jährlich 2500 Millionen anzufordern. Redner warnt dringend, eine Schuld zu übernehmen, die wir nicht leisten können. Die kommende Regierung, der kommende Reichstag haben die Verantwortung zu tragen. Die Sozialdemokratie habe die Annahme des Gutachtens zu einer Zeit gefordert, wo seine Bedeutung noch gar nicht erkannt werden konnte. In welche Lage versetzt sie die deutschen Unterhändler, wenn diesen gesagt werden kann, daß eine der größten deutschen Parteien sich ohne weiteres für Annahme des Gutachtens erklärt habe? Der Befehl, der nach Meinung der Sozialdemokratie zahlen müsse, sei zum allergrößten Teile schon ruiniert. Redner betonte, es müßten, wenn ein Staat geblieben solle, die ausgesuchtesten Männer an die maßgebenden Stellen gesetzt werden. Den Kernpunkt der inneren Politik müsse die Wirtschaftspolitik bilden. Wir müssen alles daran setzen, daß wir unsere durch das Versailles Diktat zerstörte Wirtschaft wieder in die Höhe bringen. Die Arbeitskraft jedes Einzelnen müsse bis auf das äußerste angepannt werden. Wir müssen vor allem zu geheimer Neubildung des Kapitals kommen. Frankreich habe sich durch ausländisches Kapital von der Inflation errettet. Auch Deutschland brauche ausländisches Geld, damit Landwirtschaft, Handel, Industrie und Handwerk weitgehendste Kredite gewährt werden könnten. Die Weltmarxer Versammlung habe versagt, nicht darin, daß sie die Bismarckschen Grundzüge der letzten Fiktion des Reiches mit den einzelnen Staaten im monarchistischen Halt vollkommen abgelehnt habe. Redner behauptete den Untergang der Monarchie mit ihrer Stetigkeit. Seine arbeitend schilderte er die Diffusität der deutschen Koalitionspolitik seit 1918. Wir müßten zu anderen Verfassungsbestimmungen kommen. Es gelte, jetzt die Parteien in den Reichstag zu schicken, die eine starke Koalition bilden könnten. Es müsse eine bürgerliche Koalition geschaffen werden. Jeder Deutsche müsse sich die Schwere der Situation vor Augen führen. Der Ausgang der Reichstagswahlen müsse es ermöglichen, daß wir dazu kommen, eine geeignete Regierung zu bilden. Grundsätzlich zu warnen sei vor Reden, die den Bürgerlichen 50 Sitze nehmen könnten. Darin liege eine außerordentliche Gefahr. Redner schloß seine Ausführungen, denen reichlicher Beifall folgte, mit der Bitte, am 4. Mai seine Stimme der Deutschen Volkspartei zu geben. Seinen Worten wurde mit größter Aufmerksamkeit gefolgt; nur ganz vereinzelt wurden Zwischenrufe von gegnerischer Seite laut. — In der Versammlung erhielt als erster Redner Herr Brinatus Ernst Weber das Wort, der als Vertreter der Kleinrentner sprach. Er schilderte wiederholt deren schwere Notlage und trat insbesondere warm dafür ein, die bedrückte Lage der Ältesten und bedürftigsten unter ihnen zu lindern. Viele der Kleinrentner seien darauf, daß sie ihr Geld hingeben hätten, zum Bettler geworden und niemand stünde für sie ein. Sie würden rüchellos der Armenunterstützung überlassen — das sei der Dant des Staates. Redner erneuerte auch heute seine Bitte, Unterstützungen, die den bedürftigsten Kleinrentnern zugeführt seien, direkt an die Stellen abzugeben, die berufen seien, die Gaben zu verteilen. Er gab hierbei unter herzlichem Dank bekannt, daß ihm der Betrag von 50 Goldmark von der Vereinigung höherer Schüler überwiesen worden sei, der zur Verteilung kommen würde. Herr Weber hat, demjenigen ihre Stimmen zu geben, die ein Herz für die Alten haben. — Ebenfalls als Vertreter der Kleinrentner hatte sich Herr Brinatus Paul Fischer zum Wort gemeldet. In der Kleinrentnerfrage äußerte er sich im Sinne seines Vorredners und betonte, daß die Regierung in ihrer sozialdemokratischen Mehrheit außerordentlich wenig für die Kleinrentner getan habe. Er forderte Schutz der Hypothekengläubiger. Man habe bei Festlegung der Hypothekenaufwertung nicht sozial gehandelt und von diesem Vorwurfe sei auch die Deutsche Volkspartei nicht freizusprechen. — In kurzen Schlussworten wies der Referent nochmals auf seine Ausführungen hin und erklärte, daß der Weg zu einer Aufwertung beschritten sei. Ein weiterer Ausbau müsse der künftigen Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage überlassen werden. Die sehr gut beluchte Versammlung erreichte gegen 11 Uhr ihr Ende.

—**Wahlversammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei.** Die für gestern nachmittag von der Ortsgruppe Miesla der Deutschen Nationalen Volkspartei im „Wettiner Hof“ einberufene Wahlversammlung hatte sich ebenfalls starken Besuch zu erfreuen. Als Redner war der Spitzenkandidat dieser Partei, Herr Dr. Reichert, gewonnen worden. Dem Redner ist es beiseits gelungen, seine Zuhörer, die ihm aufmerksam lauschten, mit keinem fast dreistündigen Schilderungen, die zum Teil von gutem Humor durchfurcht waren, zu fesseln und der starke Beifall, der ihm des öfteren und ganz besonders am Schluß seiner Ausführungen spendet wurde, war der Beweis dafür, daß seine Darlegungen günstige Aufnahme gefunden haben. Herr Dr. Reichert wies einleitend darauf hin, daß er nicht beabsichtige, seinen Zuhörern eine schematische Rede zu halten, sondern er wolle auf Grund seiner Erfahrungen und Ergebnisse das Verhalten der gegnerischen Parteien vor Augen führen und die politische Einstellung der Deutschen Nationalen Volkspartei kennzeichnen. Redner behandelte zunächst die innenpolitische Wirtschaftslage und erklärte, daß man die Entwicklung unserer Wirtschaft am Gängelband geführt habe, als sie zur Freiheit zu führen. Die Kriegswirtschaft, die die kaiserliche Regierung haben einsetzen müssen im Interesse unserer kämpfenden Brüder, habe seine Berechtigung gehabt. Als jedoch die Revolution das deutsche Volk in mehrere Teile zerrissen habe, sei auch die Zwangswirtschaft außer Acht gelassen worden. Auf dem Gebiete der Wirtschaftslage haben sowohl die Landwirte als auch die Industriellen kluge Führer gehabt. Einer der Größten und Bedeutendsten unter ihnen sei Hugo Stinnes gewesen. Sein Wirken habe ganz Deutschland, ja der ganzen Welt gegolten. Er habe im Ausland die billigsten Rohstoffe gekauft, um sie der heimischen Industrie nutzbar zu machen und damit dem deutschen Arbeiter Verdienstmöglichkeiten zu bieten. Stinnes habe schon vor der Revolution das Herbeiführen des deutschen Volkes erkannt; er habe den Industriellen geraten, den Arbeitern die Hand zu reichen und eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Und wie habe man es ihm gegolten? Redner ging dann über zur Währungsfrage. Hätten wir nicht einen Mann wie Helfferich, einen Reichsbankpräsidenten haben, der einsehen würde — wie würde es heute mit unserer Währung aussehen? Die bisherigen Rabinette hätten den Standpunkt verfolgt: wenig schaffen, aber viel vergehen. Die sozialistischen Ideen seien von den Demokraten und dem Zentrum unterstützt worden. Der einzige große Demokrat, vor dem Redner Respekt habe, sei Helferich, er habe sich nicht immer den Sozialdemokraten gebeugt. Karl Marx sei klug genug gewesen, der Arbeiterchaft in seinem Interesse einen großen Wohlstand der Industrie vorzutauschen, um den Arbeiterentzug, den letzten kläglichen Rest der Revolution, zu halten. Bei Verprechung der Streikmännchen die Streikmännchen Taktik zum Ausdruck, die er als Liebesverhältnis mit den Sozialdemokraten bezeichnete. Im weiteren kritisierte er die Steuerpolitik Eraberger's, dessen Standpunkt, alles dem Reiche zuzuführen und den Staaten und den Gemeinden die Einnahmequellen zu verlagern, könne von den Deutschen Nationalen nicht geteilt werden. In Gefangen der unbilligsten Zustände hätten sich nunmehr auch die Demokraten und Sozialdemokraten gegen Eraberger's Steuerpolitik gewendet. Ein weiteres „Verbrechen“ unserer Regierung sei die Unterjochung des

Verfallener Schandvertrags. Selbst der Reichspräsident Eber und auch Scheldemann hätten seinerzeit versichert, der Vertrag werde nicht unterschrieben, aber doch sei dem brüllenden Reim ein zartes Ja gesollt. Das selbe Verfahren hätten wir jetzt mit der Anerkennung des Sachverhältnisses gutgeheißen. Es sei ein erneuter Beweis dafür, wie leicht unsere verantwortlichen Politiker umfallen. Unsere Importe und Exporte seien beträchtlich zurückgegangen. Es sei eine sinnlose Erfindungspolitik getrieben worden. Das Gerichtsverfahren Helfferich gegen Eraberger und auch der Heiner-Prozess hätten deutlich gezeigt, wie notwendig eine Meinung der deutschen Politik sei. Der Politik des Zurückweichens müsse endlich ein Ende bereitet werden. Redner besprach sodann die hoch klingenden Versprechungen Wilsons und wie sie alles ins Gegenteil verwandelt habe. Der wichtigste Paragraph des Versailles Vertrags lautet: Die ganze Welt rüftet ab. Wie verhält sich diese Bestimmung mit dem Vertrag von Frankreich? Das Was, daß die Franzosen für ihre Waffensysteme verwenden, stammt aus den Kohlenfeldern unseres Ruhrgebietes. Wir müssen also dafür sorgen, daß die Franzosen aus dem Ruhrgebiet herausgedrängt werden. Die Sozialisten freuen sich, so führte Redner weiter aus, daß sie die Revolution geschaffen haben, aber gleichzeitig wundern sie sich, daß sozial Unruhe unter das deutsche Volk gestreut worden ist. Redner behandelte nunmehr in Kürze das Programm der Deutsch-Völkischen. Sie seien weder rechts noch links, sie seien deutsch und lehnen jedes Fremdrillige ab; sie stellen das Nationale über das Internationale, und das sei das Gute, was sie mit den Deutschen Nationalen gemeinsam haben. Wenn aber die Völkischen den Welt ihres sozialistischen Empfindens nicht ablegen, dann werde es nicht besser werden. Redner bemerkte, daß er den Deutsch-Völkischen einen großen Wähler gönne, nur sei zu wünschen, daß dies auf Kosten der Sozialdemokraten geschehe. Die bürgerlichen Wähler in Thüringen, in Potsdam u. a. ließen hoffen, daß die Deutschen Nationalen Volkspartei, die seit vier Jahren die stärkste Partei sei, auch in den neuen Reichstag als die stärkste Partei einziehen werde. Der Referent verbreitete sich sodann über das bekannte Gutachten der amerikanischen General's Dames, ging des näheren auf die Deutschland zugewandten Forderungen ein und kritisierte hierbei die bewußte Fiktion der Sozialdemokraten behaupteten heute zu Unrecht, die Sozialindustrie und der deutsche Militarismus hätten den Krieg angezettelt und als Folge des Krieges habe die Revolution entstehen müssen. Auf die Außenpolitik eingehend, erklärte der Redner, daß Streifenmann auch hier Fehler gemacht habe, die man ihm nicht vergeben könne. Er erinnerte hierbei an die Barbareien der Franzosen im Ruhrgebiet, an die Verwundungen unserer Feinde gegenüber. Der verstorbene Helfferich habe deutsch gehandelt; er habe gebieterisch seine Stimme erhoben und auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht. Redner besprach dann eingehend die deutsche Finanzkatastrophe und die ungelunden Hilfsmittel, mit der die Regierung dieser zu begegnen suchte. Die Aufwertungsfrage behandelte die Sozialdemokraten zur Wahlpropaganda, indem sie anstelle der 15 Prozent 40 Prozent Aufwertung versprächen. Die Deutschen Nationalen Volkspartei befürworte die allgemeine Aufwertung in weitgehendstem Maße, soweit es die wirtschaftliche Lage gestatte. Sie verlange aber ein großes freies Wirtschaftsgebiet. Würde das Sachverhältnis unklar unterschrieben, so würden wir damit dem Ausland ein verbrieftes Recht geben, uns zu unterdrücken. Das Gutachten sei am 9. April fertiggestellt worden und am 10. April bereits sei in der gesamten deutschen Presse zu lesen gewesen, es werde angenommen. Erst nach der Ueberzeugung, die etwa am 20. April beendet gewesen sei, habe es sich herausgestellt, wie verhängnisvoll es ist. Und all diese Dinge würden von der Regierung unterstellt! Der Vortragende beschäftigte sich sodann mit dem Verhältnis zwischen Helfferich und Hilferding. Dr. Lütcher müsse in Schutz genommen werden, er sei der erste und einzige Minister gewesen, der es erkannt habe, daß eine neue Währung geschaffen werden müsse. Helfferich habe dann mit der Schöpfung der Rentenmark das deutsche Volk errettet. Er sei praktisch und theoretisch der größte Kopf der Währungspolitik gewesen. Zum Schluß beschäftigte sich der Referent noch kurz mit der Finanzpolitik des jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, hierbei die nach dem Verbleiben Hansestein's erfolgte Besetzung des Reichsbankpräsidentenpostens, für den Helfferich gegen den Willen des Reichsbankdirektoriums abgewählt worden sei, kritisch beleuchtete. Redner schloß: Wir machen keine Versprechungen; wir klagen uns auf das, was wir geleistet haben; wir haben Ihnen die Rentenmark gegeben. Wir wollen aber die Rentenmark nicht nur geschaffen haben, wir wollen sie auch erhalten! — Die Versammlung eröffnete ein Herr Schwarz, der seine Ausführungen mit der Aufforderung schloß, am 4. Mai deutschnational zu wählen. Auch der nächste Debatteredner, Herr Kleinrentnermeister W. Eiche, trat dafür ein, die Stimme der Deutschen Nationalen Partei zu geben. — Herr Brinatus Fischer verwendete sich zunächst für die Kleinrentner und wandte sich dann gegen die Dritte Steuernotverordnung, für deren Ergehen auch die Deutschen Nationalen mit verantwortlich seien. Redner vertrat die deutsch-völkischen Grundzüge. Da der Saal anderweit beanprucht wurde, mußte die Aussprache abgebrochen werden. — In seinem Schlusswort betonte Herr Dr. Reichert, daß man auf dem Sprunge sei, die Dritte Notverordnung zu ändern. Erst das Wohl des deutschen Volkes, dann das Ausland! — Die Versammlung wurde gegen 7 Uhr geschlossen.

—**Öffentliche Mieterversammlung.** Des Mietervereins Miesla und Umg. hatte am Mittwochabend ein Mitglied des Bundesvorsitzenden, Herrn Mach, der für den bedürftigsten 1. Vorsitzenden des Bundes Deutscher Mietervereine eingetreten war, zur Aufklärung der Mieterschaft über das vom Deutschen Mieterbunde beantragte Volksbegehren und über die Bedeutung der Reichstagswahl gewonnen. Redner begann seine nahezu zweistündigen Ausführungen mit der Erörterung des Wohnungswehens der Vorkriegszeit, wo das bürgerliche Gesehuch und die Mietverträge eine Regelung brachten. Der Bedarf an Wohnungen wurde durch regere Bautätigkeit gedeckt. Sie kam aber im Kriege zum Stillstand, sodann sich bald ein Wohnungsmangel, besonders im Industriegebiete Sachien, bemerkbar machte. Heute fehlen in Deutschland ca. 1.700.000 Wohnungen. In den Vordergrund stellten nun ihre Interessen die zwei in Frage kommenden wirtschaftlichen Organisationen, die der Vermieter und die der Mieter, von denen die erstere infolge ihres längeren Bestandes bedeutend im Vorteil sei. Unter ihrer Mitwirkung wurden die beiderseitigen Rechte durch Gesehshabnen festgelegt und zunächst vorübergehend Notgesehe geschaffen. Ihnen folgte das Reichsmietengesetz mit den drei Grundregeln: 1. Festhalten der Friedensmiete von 1914, 2. Abrechnungsrecht der Vermieter und 3. Mitbestimmungsrecht der Mieter. Jedes Land bekam die Ermächtigung zur Ausführung des Reichsmietengesetzes. Der Schutz der Mieter mußte durch weitere Gesehe noch mehr ausgebaut werden. So entstanden 1922 das Mieterschutzgesetz und 1923 das Wohnungsmangelgesetz. In Sachien kam noch ein Geseh über den Verkauf von Grundstücken zu Stande, das aber viele Schäden aufwies. Auf alle diese Gesehe und ihre Auswirkungen ging der Redner in großartiger Weise ein. Er äußerte sich weiter über die Wohnungsbaubehörde, die für ihren Zweck als resultatlos angesehen wurde, da alle Gemeinden durch die reichsweit gebundene Steuerwirtschaft sich in mißlicher Finanzlage befinden und die Schaffung von Wohnungen